

## **Rede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz zur Grundsatzausprache des Doppelhaushalts 2017 / 2018**

Es gilt das gesprochene Wort

**Mainz, 23. März 2017**

Anrede,

Haushaltsreden erwecken stets den Anschein, als ginge es in erster Linie nur ums Geld.

Ein Haushalt beinhaltet aber auch immer einen Ausblick, wie eine Gesellschaft künftig aussehen soll!

Im Mittelpunkt des Haushalts steht daher nicht die Frage, wer bekommt wie viel, sondern wie wollen wir unser Land, unsere Gesellschaft gestalten.

Daher ist ein Haushalt auch stets ein Gradmesser für die Prioritätensetzung einer Regierung und ich freue mich, dass dieser Doppelhaushalt diese Prioritätensetzung klar erkennen lässt.

Die Aufstellung dieses Doppelhaushalt 2017/2018 ist vor allem grundsolide und damit ein stabiles Fundament für die Zukunftsfähigkeit von Rheinland-Pfalz.

Wir bauen keine Wolkenkuckucksheime.

Wir nehmen zwar wichtige Investitionen vor und können und werden dennoch die verfassungsmäßige Schuldenbremse im Jahr 2020 einhalten.

So investieren wir dort, wo aus den eingesetzten Mitteln Chancen für die Menschen werden; Beispiel der

Bereich der Bildung.

Wir machen den Staat dort stark, wo er stark sein muss, zum Beispiel durch mehr Investitionen im Bereich der inneren Sicherheit und der Justiz.

Wir investieren dort, wo wir schon heute die Grundlagen für unseren Wohlstand von morgen legen können, zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung oder in die Infrastruktur unseres Landes.

Dieser Haushalt ist weit mehr als ein Sparhaushalt, es ist ein Gestaltungs-, ein Zukunftshaushalt.

Und zu einem Zukunftshaushalt gehört selbstverständlich auch die Haushaltskonsolidierung.

Durch den demographischen Wandel verteilt sich die Schuldenlast auf immer weniger Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb ist es wichtig, dass wir schnell von unserem Schuldenberg runterkommen.

Und diese Landesregierung hat hier ihre Hausaufgaben gemacht.

Seit der Finanzreform 1969 hat Rheinland-Pfalz erstmals einen Haushaltsüberschuss erreichen

können, so dass wir in diesem Jahr 240 Millionen Euro Schulden tilgen werden.

Das ist ein schöner Erfolg, der die haushaltspolitische Solidität dieser Regierung deutlich unterstreicht.

Und 2020 werden wir keine neuen Schulden mehr machen.

Dafür treffen wir auch in diesem Haushalt Vorsorge.

Wir konsolidieren in Rheinland- Pfalz und zwar so, dass wir trotzdem noch investieren können.

So sieht eine verantwortungsbewusste und generationengerechte Haushaltspolitik aus: Die Schulden von gestern abbauen und die Investitionen für morgen nicht vernachlässigen.

Ein ausgeglichener Haushalt ist ein wichtiges Ziel, aber es bleibt trotz allem ein wichtiges politisches Ziel unter etlichen anderen wichtigen politischen Zielen.

Eine Schwarze Null, erkaufte durch weniger Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, durch Stellenkürzungen bei der Polizei, das wäre keine Zukunftspolitik, es wäre verantwortungslos und deshalb gehen wir diesen Weg auch nicht, sondern schaffen mehr Stellen für Polizistinnen und Polizisten

sowie in der Justiz.

Eine Schwarze Null finanziert über die Vernachlässigung unseres Bildungssystems wäre alles andere als Zukunftspolitik und deshalb setzen wir auch hier andere Akzente.

Wir investieren mehr Geld in die Bildung und damit in die Chancen für unsere Kinder und unseren Wohlstand und das, meine Damen und Herren, ist sehr gut angelegtes Geld.

Eine Schwarze Null finanziert durch Einsparungen bei der Infrastruktur, durch marode Straßen und Brücken, das ist keine sparsame Haushaltspolitik, das ist Raubbau an der Zukunft unseres Landes und deshalb setzen wir auch hier auf mehr Investitionen in eine bessere Infrastruktur und stärken damit das Fundament auf dem der Wohlstand unseres Landes ruht.

Richtig investieren heißt für uns: Wir geben nicht mehr Geld für Konsum, sondern für Investitionen aus:

Für eine bessere Infrastruktur, für eine bessere Bildung, für mehr Sicherheit.

Mit unseren Investitionen legen wir heute schon die

Grundlagen für den Wohlstand von morgen.

Unser Sozialsystem, unsere Gesellschaft basiert auf dem Zusammenhalt; auf dem Zusammenhalt zwischen denen, die Erwirtschaften und denen die der Unterstützung bedürfen.

Damit dieser Zusammenhalt nicht gefährdet wird, brauchen wir gut verdienende Unternehmen die ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gute und leistungsgerechte Löhne bezahlen können.

Wir können daher auch nicht die Augen verschließen, vor den Herausforderungen, vor denen unsere Betriebe stehen.

Das Fundament eines starken und handlungsfähigen Sozialstaates ist eine starke Wirtschaft.

Und eine starke Wirtschaft braucht natürlich ebenso gut ausgebildete Fachkräfte.

Die Verbesserungen im Bereich der beruflichen Bildung sind daher auch eine Politik für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Um die Nachhaltigkeit unseres Wohlstandes zu sichern, müssen wir uns heute schon um die Arbeitsplätze und damit auch um die Firmen von

morgen kümmern.

Egal ob Bosch, Daimler oder Merck, sie alle haben mal als Gründer angefangen.

Es ist daher wichtig, das Thema Gründungen in der Politik und natürlich ganz besonders in der Wirtschaftspolitik mitzudenken und entsprechend zu handeln.

Gerade im Handwerk ist der Weg in die Selbstständigkeit, einer der sehr häufig gegangen wird.

Wir haben uns deshalb die Frage gestellt, wie wir auch in diesem, gerade für den ländlichen Raum besonders wichtigen Bereich Gründungen erleichtern können.

Mit dem so genannten Meisterbonus II haben wir ein sehr gutes Konzept vorgelegt.

Wir werden deshalb Meister, die sich innerhalb von drei Jahren nach ihrer erfolgreichen Abschlussprüfung selbständig machen, finanziell unterstützen.

Damit erleichtern wir nicht nur den Gang in die Selbstständigkeit, sondern schaffen mehr Chancen

für die Absolventinnen und Absolventen der entsprechenden Berufe.

Unser hochqualifiziertes Handwerk ist ein Garant für unsere gut aufgestellte Wirtschaft, deshalb wollen wir es attraktiver machen und stärken.

Der Meisterbonus I sowie der Meisterbonus II sind dabei zwei sehr vielversprechende und geeignete Instrumente.

Handwerk und Mittelstand, sie machen einen starken Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz aus.

Handwerk und Mittelstand stehen daher auch im Fokus der Wirtschaftspolitik der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

Wir wollen Rheinland-Pfalz zum gründerfreundlichsten Bundesland machen.

Deshalb stellen wir über 5 Millionen Euro Landes- und EU-Mittel unseren Gründerinnen und Gründer zur Verfügung.

Und wir finden, dass auch das sehr gut investiertes Geld ist, welches sich mit Zins und Zinseszins bezahlt machen wird.

3,4 Millionen Euro geben wir für Programme zur

Existenzförderung aus.

Wir fördern Veranstaltungen für Gründer.

Wir unterstützen Beratungsleistungen für Gründer.

Darüber hinaus muss eine gründerfreundliche Politik nicht teuer sein, manchmal reicht auch eine gute Idee.

Die Gründungsallianz ist so eine.

Kammern, Verbände, Politik und Hochschulen arbeiten hier gemeinsam daran, bestehende Beratungsangebote aufeinander abzustimmen und zu optimieren.

Wir haben in unserem Land eine große Kompetenz im Bereich der Wirtschaftsförderung und –beratung.

Wir müssen sie nur zusammenführen und damit noch effektiver und besser nutzen.

Wir betreiben Technologie- und Gründerzentren in den fünf größten Städten des Landes, weil wir die Chancen für morgen frühzeitig erkennen und nutzen wollen.

Nicht von der Zukunft, nicht von der Veränderung geht eine Bedrohung aus, sondern von einer Politik, welche die Zeichen der Zeit verschläft bzw.

verdrängt.

Die Digitalisierung muss uns keine Angst machen; sie kann, darf und sollte uns auch begeistern.

Digitalisierung im Handwerk ist ein Zukunftsthema und deshalb investieren wir auch in die Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten.

Unsere Auszubildenden sollen nicht nur von digitalen Techniken hören, sie sollen diese erlernen und anwenden.

Nicht die digitale Demenz ist die größte Gefahr für unsere Gesellschaft, sondern die digitale Ignoranz.

Wir investieren dort, wo aus Geld Wissen und Zukunft entsteht!

Zum Beispiel im Bereich der beruflichen Bildung:

So wollen wir die Ansätze zur Stärkung der beruflichen Bildung in beiden Haushaltsjahren um 150% erhöhen.

Wir wollen die Mittel für diesen Bereich von knapp 7 Millionen Euro im Haushaltsplan 2016 auf 17,7 Millionen Euro im Jahr 2017 und 18,2 Millionen Euro im Jahr 2018 steigern.

Wir wissen, mindestens so notwendig wie qualifizierte Akademiker oder Meister braucht unser Land ebenfalls gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter.

Die Stärkung der beruflichen Bildung ist auch für eine erfolgreiche Integration wichtig.

Gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen erfolgt weniger über die Universitäten, sie erfolgt vor allem auch über die duale Berufsausbildung und damit auch über die Berufsschulen.

Deshalb ist mehr Geld für die berufliche Bildung auch mehr Geld für eine bessere Integration und damit für einen stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die berufliche Bildung steht in einem ganz besonderen Maß für gesellschaftliche Aufstiegschancen, weil sie ein viel weiteres Spektrum von Qualifikationen beinhaltet, als eine klassische akademische Ausbildung.

Die berufliche Ausbildung geht von einem Azubi über den Gesellen bis hin zum Meister, dessen Beschäftigungsspektrum von der Ausbildung bis zur Leitung eines Werkes reichen kann.

Wir sollten die berufliche Ausbildung nicht

geringschätzen; im Gegenteil, denn hier wird außerordentliches geleistet.

Im Wahlkampf haben wir gesagt, ein Meister muss so viel wert sein, wie ein Master.

Mit der Einführung des Meisterbonus zeigt diese Landesregierung nicht nur, dass sie engagiert den Kampf gegen den Fachkräftemangel aufnimmt, sondern auch dass sie beste Chancen für alle will.

7, 5 Millionen Euro geben wir daher für den Meisterbonus I aus: Das sind 7,5 Millionen Euro für bessere Aufstiegschancen im Beruf, für die Anerkennung in der Gesellschaft und ebenso gegen den Fachkräftemangel.

Der Landesregierung ist ein Meister genauso viel wert wie ein Master und deshalb legen wir mit dem Meisterbonus die Grundlage für die Abschaffung der finanziellen Benachteiligung der beruflichen Ausbildung.

Aber eine gute berufliche Ausbildung braucht auch gute und zukunftsweisende Ausbildungsstätten.

Wir können nicht die Fachkräfte von morgen an der Technik von gestern fit für die Aufgaben der Zukunft machen.

Es ist deshalb wichtig, sich auch um die überbetrieblichen Ausbildungsstätten zu kümmern.

Dass wir für Bau und Modernisierung überbetrieblicher Ausbildungsstätten künftig doppelt so viel investieren werden, wie noch 2016 zeigt doch ganz klar: Diese Regierung meint es ernst, mit der Stärkung der beruflichen Bildung in Rheinland-Pfalz.

Wir wollen eine bessere berufliche Ausbildung, für bessere Chance der Auszubildenden und damit für bessere Fachkräfte für die Betriebe.

In unserem Doppelhaushalt und gerade im Bereich der beruflichen Bildung zeigen wir, wie mit der klugen Abstimmung von Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik Aufstiegschancen für Menschen geschaffen werden und wie das wirtschaftliche Fundament unseres Landes gestärkt werden kann.

Die Förderung der beruflichen Bildung ist aber auch ein Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raumes unserer Dörfer und Gemeinden.

Oftmals ist die Ausbildung der Grund, dass gerade junge Menschen, ihrer Heimat den Rücken kehren.

Eine berufliche Ausbildung und insbesondere eine,

die auch noch mit einem Existenzgründungszuschuss gekoppelt ist, wie unser Meisterbonus, machen es jungen Menschen leichter, sich für ihre Heimat zu entscheiden.

Wenn wir den ländlichen Raum erhalten wollen, wenn wir wollen, dass die Dörfer und Gemeinden im Land auch in Zukunft erhalten bleiben, dann müssen wir dafür sorgen, dass auch junge Menschen dort eine Perspektive haben und das heißt, dass es dort Ausbildungs- und Arbeitsplätze geben muss.

Die Förderung der beruflichen Bildung macht den Meisterabschluss nicht nur leichter, sie macht auch die Gründung eines Handwerksbetriebes attraktiver.

Und gerade Handwerksbetriebe sind in vielen Fällen Ausbildungsbetriebe.

Unser Handwerk, unsere Landwirtschaft sind das starke Rückgrat der ländlichen Wirtschaft!

Wir werden unsere ländlichen Regionen in ihrer Vielfalt und Schönheit nur erhalten können, wenn wir den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen Rechnung tragen.

Das heißt dem Bedürfnis nach Arbeitsplätzen ebenso, wie dem Bedürfnis nach Mobilität, auf

welches ich später noch eingehen werde.

Der ländliche Raum ist weit mehr als eine Naturreserve für die dicht besiedelten Regionen: Er ist ein Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum!

Die Landesregierung setzt mit ihrem Haushalt auch ein Signal, dass sie die ländlichen Räume erhalten will und ein wichtiger Baustein dabei ist die Junglandwirteförderung.

Derzeit erhalten rund 1.500 Landwirte diese Förderung.

Das sind 2 Millionen Euro, um junge Landwirte bei der Übernahme eines Betriebs zu unterstützen.

Wer einen Betrieb gründet oder verantwortlich übernimmt, kann bis zu 5 Jahre lang eine Prämie von rund 44 Euro pro Hektar erhalten.

Diese Zahlungen sind ein weiterer Beleg dafür, dass diese Landesregierung ihre begrenzten Mittel zielgerichtet dorthin fließen lässt, wo aus Geldern Chancen werden.

Damit unsere ländlichen Räume lebendig bleiben, damit unsere Städte und Gemeinden weiter als attraktive Wohn- und Arbeitsorte angesehen

werden, müssen wir die Kommunen stärken und wir tun das.

Ein Drittel des gesamten Landeshaushaltes stellen wir den Kommunen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung.

Ein Drittel der Integrationspauschale, **welche der Bund zur Entlastung der Länder** vorgesehen hat, geben wir an unsere Städte und Gemeinden weiter.

Das Volumen des Finanzausgleiches wird allein in 2017 um 156 Millionen Euro erhöht und im Jahr 2018 sogar um weitere 176 Millionen Euro auf insgesamt 2,9 Milliarden Euro.

Ein gutes Leben soll in ganz Rheinland-Pfalz möglich sein und dieser Doppelhaushalt bekräftigt diesen Anspruch.

Gut ausgestattete Kindergärten, moderne Schulen, saubere Parks und Straßen sowie Verlass auf die Sicherheit, all das entscheidet über die Lebensqualität vor Ort und dafür benötigen die Kommunen Geld, dass wir ihnen geben.

Es ist für uns ein Kraftakt, aber ein notwendiger, wenn auch in diesem Doppelhaushalt rund 1/3 der gesamten Mittel an die Kommunen zur Erfüllung

ihrer Aufgaben gehen.

Ob die eigenen Kinder in eine gute Kita gehen können und optimal gefördert werden, darf doch keine Frage von Stadt oder Land sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in dem Maße, in welchem Bildung für die Zukunftschancen eines Menschen zum entscheidenden Kriterium wird, ist der diskriminierungsfreie Zugang eine Frage der gesellschaftlichen Gerechtigkeit.

Damit schaffen wir Chancengerechtigkeit.

Da die Grundlagen des Lernens im Kindesalter gelegt werden, sind für uns mehr Investitionen im Bereich der frühkindlichen Bildung nicht nur etwas, was wünschenswert ist, sondern das Fundament für eine Gesellschaft, in der alle, alle Chancen haben sollen.

Wir investieren dort, wo aus Geldern Chancen werden!

Zum Beispiel im Bereich der frühkindlichen Bildung.

Die Bedeutung dieses Bereiches ist unstrittig.

In keinem Land ist der spätere berufliche Erfolg so abhängig von dem Elternhaus, wie in Deutschland.

Wir können dies nur ausgleichen, indem wir uns darum kümmern, dass unsere Kinder in Kindertagesstätten ein Bildungsangebot bekommen, welches in etwa dem, eines bildungsbürgerlichen Haushaltes entspricht.

Konkret heißt das für uns, dass 2017 und 2018 mehr als 1,2 Milliarden in frühkindliche Bildung fließen sollen.

Das ist für mich, das ist für die Freien Demokraten sehr gut angelegtes Geld und ich glaube, dass sich Investitionen in die Zukunft unserer Kinder auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung sehr gut rechtfertigen lassen.

Wir wollen, dass möglichst alle unsere Kinder mit den besten Chancen in ihr Leben starten.

Wir wollen dazu beitragen, dass in den Kitas ein Fundament gelegt wird, auf welches sie ihr Leben erfolgreich aufbauen können.

Ein wichtiger Baustein ist für uns dabei das musische Angebot.

Musik ist weit mehr als Kultur, sie ist eine Ausdrucksform.

Musik fördert Kreativität und ist für viele unserer Kinder eine Form der Bereicherung, die in vielen Fällen nicht mehr im elterlichen Zuhause angeboten wird oder aufgrund nichtvorhandener, finanzieller Mittel werden kann.

Mit dem Titel Singen und Musizieren in der Kindertagesstätten fördern wir die musische Entwicklung.

Das Projekt „Singen und Musizieren in der Kindertagesstätte“ richtet sich an Erzieherinnen und Erzieher, an Musiklehrerinnen und Musiklehrer sowie an Chorleiterinnen und Chorleiter.

Natürlich sind wir uns dessen bewusst, dass wir mit dieser Maßnahme noch nicht am Ziel sind.

Aber auch kleine Schritte sind es wert, gemacht zu werden, gerade wenn sie in die richtige Richtung gehen.

Wir bleiben bei der musikalischen Förderung aber nicht bei den Kindertagesstätten stehen, sondern führen diese auch an den Grundschulen fort.

Mit den Zuweisungen für Fördermaßnahmen für Lehrkräfte und Erzieherinnen zur musikalischen Förderung in Kitas und Grundschulen, versetzen wir

Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte an Ganztagschulen durch Seminare in die Lage, elementares Singen und Musizieren mit Kindern erfolgreich zu vermitteln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Bildung die Voraussetzung für gleiche Chancen im späteren Leben ist, dann muss der Zugang zu ihr so einfach wie möglich sein.

Deshalb steht diese Koalition für eine gebührenfreie Bildung, von der Kita über die Schulen bis hin zu den Hochschulen und bald auch der Meisterausbildung.

In einer pluralistischen, vielfältigen Gesellschaft ist Gleichheit nicht das Ziel.

Gleiche Chancen für jedermann, das muss das Ziel einer jeden demokratischen Regierung sein.

Wir wollen die besten Chancen in Rheinland-Pfalz nicht nur für einige, sondern für alle und daran arbeiten wir gemeinsam in dieser Koalition.

Aber es reicht nicht für gute Kitas zu sorgen, wir brauchen auch gute Schulen.

Und der beste Unterricht nutzt nichts, wenn er aufgrund von Lehrermangel nicht stattfinden kann.

Es freut mich, dass diese Landesregierung auch dieses Problem entschlossen angeht.

Mit der Schaffung von 270 neuen Stellen für Lehrerinnen und Lehrern an rheinland-pfälzischen Schulen im Schuljahr 2016/ 2017 und der Aufstockung des Vertreterpools um 200 Stellen im Februar 2017, hat die Regierung dafür gesorgt, dass der Unterricht nicht nur auf dem Stundenplan steht, sondern auch in der Schule stattfindet.

Und wir haben dafür gesorgt, dass in diesem und dem kommenden Jahr 600 Lehrerstellen von ehemaligen Hauptschullehrerinnen und -lehrern aufgrund ihrer erfolgreich abgelegten Wechselprüfungen von Besoldungsgruppe A12 in A13 hochgestuft werden können.

Aber wir schaffen nicht nur zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer oder heben die Besoldung an, wir stellen auch zusätzliche Mittel für den Schulbau zur Verfügung.

Im Jahr 2017 erhöhen wir die entsprechenden Mittel um 5 Millionen Euro und im Jahr 2018 sogar um 10 Millionen Euro.

Das zeigt, dass in Rheinland-Pfalz die Haushaltskonsolidierung eben nicht zulasten der Schulen bzw. der Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern geht.

Bildungspolitik ist Zukunftspolitik und so wird sie auch von uns behandelt.

Die starke Betonung der Bildung in diesem Landeshaushalt zeigt, dass die Landesregierung den Blick auf die Zukunft gerichtet hat.

Zukunft heißt auch Veränderung.

Und Veränderung begegnet man nicht am besten mit Verdrängung, wie es von einem Teil der Opposition hier im Landtag bevorzugt wird, sondern indem man sich ihr offensiv stellt.

Der Doppelhaushalt 2017/2018 ist dabei noch nicht das Ziel, aber er beschreibt den Weg und ich hoffe sehr, dass wir diesen weiter gehen werden.

Investitionen dort, wo Wohlstand und Chancen für alle entstehen.

Ein weiterer wichtiger Beitrag zur Wohlstandssicherung ist die Modernisierung der Infrastruktur.

Wir sind nicht nur ein Land in welches Menschen gerne kommen, wir sind auch ein Transitland und ein Land von hoher Lebensqualität sowie hochwertigen Arbeitsplätzen.

Wir brauchen eine moderne Infrastruktur genauso für die Gäste, die uns besuchen, sowie für die Menschen, die hier leben und arbeiten, für die Waren, die wir transportieren, für den lokalen Handel, für Dienstleistungen und für Produktionen, um unserem Wohlstand zu sichern und zu stärken.

Rheinland-Pfalz ist das Bundesland mit dem dichtesten Verkehrsnetz.

877 Kilometer Autobahnen, 2.881 Kilometer Bundesstraßen, 7.248 Kilometer Landesstraßen und 7.377 Kilometer Kreisstraßen durchziehen unser Bundesland. Diese Straßen wollen nicht nur erhalten, sie müssen auch ausgebaut und an einigen Stellen ergänzt werden.

Dieser Aufgabe stellt sich die Landesregierung mit großer Kraft und Entschlossenheit.

Denn, wenn wir über Verkehr reden, dann reden wir nicht nur über Autos, wir reden auch über Wirtschaft, wir reden auch über Arbeitsplätze, wir

reden auch über Chancen in unserer Gesellschaft und wir reden auch über die Umwelt und über Lebensqualität.

Rheinland-Pfalz mag ein Transitland sein, es sollte aber kein Stauland sein.

Deshalb ist es nicht nur im Sinne der Wirtschaft, es ist auch im Sinne der Umwelt, wenn wir mit einer modernen Infrastruktur dazu beitragen, dass Menschen und Güter sich bewegen und nicht im Stau stecken bleiben.

Ich freue mich, dass wir hier einen Konsens mit unseren beiden Koalitionspartnern erzielen konnten für mehr Investitionen in die Infrastruktur.

600 Millionen Euro bezogen auf 5 Jahre sind viel Geld und ein ganz wichtiger Beitrag dazu, den bestehenden Sanierungsstau aufzulösen und Rheinland-Pfalz zu einer modernen Infrastruktur zu verhelfen, auf die ein moderner Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität angewiesen ist.

Der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Dr. Volker Wissing, ist im Landtagswahlkampf unter anderem mit dem Motto „Der macht den Haushalt“ angetreten und er hat seinen

Haushalt gemacht und zwar vorbildlich.

Bereits kurz nach Übernahme der Amtsgeschäfte vor gut zehn Monaten hat er die Weichen in seinem Ressort auf Investitionen gestellt.

Ja, das Infrastrukturprogramm der Koalition ist ambitioniert.

Das Programm wird unser Land nachhaltig stärken und dafür sorgen, dass unsere Infrastruktur auch im kommenden Jahrzehnt den Anforderungen an ein modernes und belastbares VerkehrswegeNetz gerecht wird.

Wie erfolgreich wir dabei sind, zeigt doch nichts deutlicher als die Kritik der CDU.

Im Jahr 2015 hat die CDU noch rund 100 Millionen Euro für den Straßenbau gefordert.

Nachdem die FDP in den Koalitionsverhandlungen aber 120 Millionen Euro mit den Koalitionspartnern vereinbart hat, fordert die CDU nun 140 Millionen Euro.

Das zeigt deutlich, der CDU geht es nicht um Sachpolitik, der CDU geht es nicht um seriöse

Oppositionspolitik, bei der CDU trifft die Haushalts- und Infrastrukturpolitik zu einem unseriösen Wünsch-Dir-Was ab.

Die Kritik der CDU-Fraktion an der Infrastrukturpolitik der Regierungskoalition ist völlig haltlos.

Den Verkehrsminister Dr. Volker Wissing überdies als ‚Ankündigungs- und Mogelminister‘ zu bezeichnen, ist frech, respektlos und geht völlig an den Realitäten vorbei.

Die Ausgaben für die Infrastruktur in Rheinland-Pfalz belaufen sich auf einem Rekordniveau.

Die Bauausgaben liegen auf dem zweithöchsten Wert in der Geschichte dieses Landes.

Im Doppelhaushalt 2017/2018 werden die reinen Bauausgaben um 10 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr erhöht, das ist ein Plus von 12 Prozent.

Sie liegen über dem Niveau, welches die CDU-Opposition in der Vergangenheit gefordert hat.

Rund 400 Vorhaben, davon 7 Neubauvorhaben können in Angriff genommen werden.

Das zeigt: Die Modernisierung unserer Straßen und Brücken ist in vollem Gange.

Gegen die parteitaktische Verhinderungspolitik der CDU setzen wir einen lösungsorientierten, immer konstruktiven Verkehrsminister.

Er hat sich frühzeitig darum gekümmert, dass nicht nur mehr Gelder für den Straßenbau in den Haushalt eingestellt werden, sondern dass das Land auch seine Planungskapazitäten aufbaut.

Auch der wiederholt von der Opposition erhobene Vorwurf, die Koalition würde den Landesbetrieb Mobilität kaputtsparen und Planungskapazitäten verringern, ist aus der Luft gegriffen.

In den Jahren 2016 und 2017 werden insgesamt 76 neue Ingenieursstellen beim LBM geschaffen.

Davon wurden bereits 2016 20 Ingenieure eingestellt, und in 2017 bis heute weitere 20, so dass noch 36 Stellen demnächst zu besetzen sind.

Wenn die CDU das als einen Stellenabbau nach dem Rasenmäherprinzip kritisiert, dann hat sie offensichtlich nicht verstanden, wie ein Rasenmäher funktioniert.

Liebe CDU, *(noch einmal für Sie zum Mitschreiben):*

Diese Landesregierung hat keine Ingenieure

gefeuert, diese Landesregierung stellt Ingenieure ein.

Und dass die CDU allen Ernstes kritisiert, dass ein Teil der Mittel gar nicht verbaut werden könne, da diese ja für Planungskosten benötigt würden, ist schon hart am Rande des Postfaktischen.

Bei welchen Verkehrsprojekten soll denn nach Ansicht der CDU auf eine Planung verzichtet werden, damit keine Planungskosten anfallen?

Welche Straße wollen Sie denn ungeplant bauen?

Aber vielleicht ist die Kritik der CDU vor allem Ausdruck dessen, dass sie eigentlich nichts zu kritisieren hat und ihre Vorwürfe ins leicht Absurde ableiten.

Gesetzt der Fall, die Landesregierung hätte sich den um 20 Millionen Euro niedrigen Ansatz zu eigen gemacht, den die CDU in der letzten Legislaturperiode gefordert hat, dann wären genauso Planungskosten angefallen und es hätte ja noch weniger verbaut werden können.

Die CDU-Opposition ist entweder im postfaktischen Zeitalter angekommen oder sie interessiert sich nicht für ihr Gerede von gestern, beides, meine Damen

und Herren einer starken Opposition nicht würdig.

Und bei der Mittelrheinbrücke ist es ja ähnlich, auch diese wurde angeblich von der CDU früher gefordert und heute wird sie nach Kräften hintertrieben.

Aber selbst dort wo die CDU ganze Regionen für ihre machtpolitischen Spielchen in Sippenhaft nimmt, wie zum Beispiel am Mittelrhein, setzt unser Verkehrsminister auf eine konstruktive Verhandlungsführung.

Während der CDU-Landrat und leider auch die CDU-Vorsitzende sich als destruktive Dagegen-Politiker profilieren, denen es schlichtweg egal ist, ob am Mittelrhein eine Brücke gebaut wird oder nicht, hat Verkehrsminister Wissing wiederholt Angebote gemacht und Handlungsalternativen aufgezeigt.

Der zentrale Unterschied auch in der Frage der Mittelrheinbrücke zwischen CDU und FDP ist:

Wir suchen Lösungen, wir wollen gestalten; die CDU sucht Probleme und will verhindern.

Es freut mich, dass dies auch die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land so sehen.

Wenn die AfD drei Prozentpunkte verliert und davon

nicht nur nichts bei der CDU ankommt, sondern diese selbst einen Prozentpunkt verliert, dann zeigt das deutlich, dass die CDU in Rheinland-Pfalz nicht als konstruktive politische Kraft oder gar Alternative wahrgenommen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, Ihre destruktive Verhinderungspolitik mag Ihnen aus machtpolitischen Gründen richtig erscheinen, aber ein politisches Angebot an die Menschen in Rheinland-Pfalz ist damit nicht verbunden.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat den Spitzenkandidaten der SPD, Martin Schulz, mit dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump verglichen, weil er, ich zitiere: „in einer Art und Weise schlecht über Deutschland rede, wie es niemand tun dürfe, der Kanzler werden wolle.“

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, reden in einer Art und Weise schlecht über Rheinland-Pfalz, wie es niemand tun darf, der Regierung in diesem Land sein wollte.

Die Mittelrheinbrücke ist möglich!

Und sie ist möglich, weil die FDP Rheinland-Pfalz sie in den Koalitionsvertrag hereinverhandelt hat.

Die Frage ist, ob die CDU die Größe und Kraft besitzt, der Region zu dieser Brücke zu verhelfen?

Die Mittelrheinbrücke scheitert nicht mehr am politischen Willen, sie scheitert nicht mehr am Geld, sie kann allenfalls noch an einem sich destruktiv verhaltenden CDU-Landrat scheitern – leider mit Unterstützung der Landes-CDU!

Die Mittelrheinbrücke als kommunale Brücke fördert den Tourismus, sie nutzt der Wirtschaft und erhöht die Lebensqualität vor Ort.

Deshalb will die FDP diese Brücke, nicht für uns, für unsere politische Profilierung sondern für die Menschen vor Ort.

Umweltschutz, Lebensqualität und Wohlstand, das sind keine Widersprüche, es ist ein Dreiklang.

Wichtige Verkehrsprojekte wurden bereits angestoßen.

Der seit Jahren ins Stocken geratene Lückenschluss der A1, unser Verkehrsminister Volker Wissing hat hier wieder die Initiative ergriffen.

Das ist umso wichtiger, da die Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Gemeinden unter dem Ausweichverkehr zu leiden haben.

Keine A1, heißt schließlich nicht, kein Verkehr.

Dieser sucht sich nur einen anderen Weg und dieser führt dann nicht über eine gut ausgebaute Autobahn sondern über das Land, über Städte, Dörfer und Gemeinden, vorbei an Schulen und Kitas.

Kein Lückenschluss an der A1 ist keine Alternative.

Aber es sind nicht nur die großen Trassen an denen sich was tut.

Die Vielzahl der Pressemitteilungen des Wirtschaftsministeriums über neu eingeweihte Umgehungsstraßen und eingeleitete Sanierungsmaßnahmen sind ein deutlicher Beleg dafür:

Diese Landesregierung redet nicht nur über die Modernisierung der Infrastruktur, sie treibt sie voran.

Aber nicht nur bei den Straßen hat Rheinland-Pfalz Nachholbedarf, auch bei den Brücken.

Ich bin deshalb froh, dass diese Landesregierung, dieser Verkehrsminister den gordischen Knoten

beim Bau der zweiten Rheinbrücke in Wörth durchschlagen und eine Einigung mit Baden-Württemberg über den Bau herbeigeführt hat.

Wer sich ein Bild von der Situation vor Ort macht weiß, diese Brücke wird dringend benötigt.

Ihr Nichtvorhandensein hilft nicht der Umwelt, im Gegenteil:

Der permanente Stau vor Ort sorgt für mehr Emissionen.

Er stellt für die Anlieger eine enorme Belastung dar und führt bei vielen Beschäftigten und Unternehmer, die ihre Zeit im Stau statt bei der Arbeit verbringen müssen zu gigantischen Verlusten.

Stau ist nicht nur ein Ärgernis. Er ist ein Verlustgeschäft, er ist ein Verlust an Lebensqualität, ein Verlust an Einkommen, ein Verlust an Lebenszeit.

Deshalb müssen wir die Staustellen in Rheinland-Pfalz lokalisieren und die Stauursachen beseitigen.

Auch beim Straßenverkehr gilt: Rheinland-Pfalz ist ein Land in Bewegung und keins des Stillstandes.

Ein Land mit hoher Lebensqualität, ein moderner Wirtschaftsstandort braucht eine moderne

Infrastruktur und diese Landesregierung schafft sie.

Aber auch in anderen Bereichen der Verkehrspolitik haben wir deutliche Akzente gesetzt, so stellt diese Landesregierung für den kommunalen Straßen-, Radwege- und Brückenbau rund 55 Millionen Euro für die Jahre 2017 und 2018 zur Verfügung.

Wir setzen uns erfolgreich in Verhandlungen mit der Deutschen Bahn für die Anbindung rheinland-pfälzischer Oberzentren an das Schienenpersonenfernverkehrsnetz ein.

In Gesprächen mit der saarländischen Landesregierung haben wir uns über die Finanzierung der Reaktivierung der S-Bahn-Strecke Homburg-Zweibrücken geeinigt.

Die Fortschritte die wir in der Verkehrspolitik erzielt haben, kommen den Menschen zugute, denn Mobilität steht auch für Lebensqualität.

In Rheinland-Pfalz wird gebaut und das ist eine gute Nachricht.

Denn dort, wo Sie sich vielleicht heute über eine Baustelle ärgern, dürfen Sie sich morgen über eine moderne und gut ausgebaute Straße freuen.

Das ist unser Angebot an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Wir bauen!

Wir bauen am Hochmoselübergang.

Wir bauen an den Landesstraßen.

Wir bauen Umgehungen.

Wir bauen hoffentlich bald am Mittelrhein.

Wir bauen, damit die ländlichen Regionen erhalten bleiben.

Wir bauen an einem modernen Wirtschaftsland mit hoher Lebens- und Umweltqualität.

Wir bauen für die Menschen in Rheinland-Pfalz.

Und noch ein weiteres Beispiel für die seriöse Politik, die Sie liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU fordern und der Regierung absprechen wollen:

Auf der einen Seite wollen Sie das Ministerium von Ministerin Spiegel, nämlich das Familienministerium im Rahmen des Deckblatt-Verfahrens nahezu abschaffen und gleichzeitig einen Entschließungsantrag einzureichen, in dem Sie die Förderung von Familien fordern –

Mit Verlaub – aber das ist alles andere als seriöse Politik und kann man schon fast nicht mehr ernst nehmen.

Ja, es steht außer Frage, wir müssen sparen.

Aber die gute Nachricht ist: Dass wir auch investieren und zwar nicht in den Konsum, sondern in die Zukunft unseres Landes und dass bringt dieser Haushalt ein- und ausdrucksvoll zum Ausdruck.

Mit dem Doppelhaushalt 2017 / 2018 stärken wir den Staat dort, wo er stark sein muss.

Auch da wo es sich um die Grundfesten unseres Gemeinwesens handelt: Der Justiz!

Eine handlungsfähige, unabhängige und bürgernahe Justiz ist kein Luxus, sie ist die Bringschuld eines demokratischen Rechtsstaates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern und dem tragen wir auch in diesem Doppelhaushalt Rechnung.

Und ich mich möchte an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei den Gerichten, bei den Staatsanwaltschaften und in den Justizvollzugsanstalten herzlich bedanken.

Ein funktionierender Rechtsstaat ist kein Luxus, er ist das Fundament auf dem unsere Demokratie und

damit unsere Gesellschaft stehen.

Ich bin sehr froh, dass es Konsens in der Koalition war, keine Stellenkürzungen bei Richtern und Staatsanwälten vorzunehmen, im Gegenteil:

Die in diesem Zusammenhang stehenden Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen spiegeln die Notwendigkeit einer starken und gut ausgestatteten Justiz wieder.

Wir schaffen 12 neue Stellen für Richter zur Entlastung der Verwaltungsgerichte.

Wir schaffen 3 zusätzliche Stellen bei der Staatsanwaltschaft im Bereich der Bekämpfung der Computer- sowie der Wirtschaftskriminalität.

Wir schaffen 16 neue Anwärterstellen für Rechtspfleger und machen die Justiz so handlungsfähiger und bürgernäher.

Eine Forderung, die übrigens genauso auch von der CDU erhoben wird, was mich ganz besonders freut, denn es zeigt doch genau wie vorhin, wie ambitioniert die Koalition hier vorgeht.

Gleichzeitig zeigt es auch, wie falsch die Fundamentalkritik war, wie sie auch von der CDU zu

Beginn der Legislaturperiode gegen die rheinland-pfälzische Justiz erhoben wurde.

In Rheinland-Pfalz ist die Justiz gut aufgestellt und dank der Personalpolitik der Landesregierung nun sogar noch etwas besser, als dies vorher der Fall war.

Der Rechtsstaat, meine Damen und Herren, er ist bei dieser Landesregierung und durch unseren Justizminister Herbert Mertin in gewohnt guten und sicheren Händen.

Ein Staat der nicht für Gerechtigkeit sorgen und Recht und Ordnung durchsetzen kann, wird auch von den eigenen Bürgerinnen und Bürger nicht akzeptiert.

Deshalb ist es richtig, dass wir an dem Ziel einer handlungsfähigen Justiz ebenso festhalten wie an einer sowohl in technischer, als auch in personeller Hinsicht gut ausgestatteter Polizei.

Wir sparen nicht an der Sicherheit sondern ganz im Gegenteil, wir erhöhen die Ausgaben im Vergleich zum Haushaltsjahr 2016 um rund 25 Millionen Euro.

2018 wird Rheinland-Pfalz für Ausgaben im Bereich der inneren Sicherheit rund 662 Millionen Euro bereitstellen.

Das ist ein deutlicher Beleg dafür, dass diese Landesregierung ihrer Verantwortung für die Sicherheit im Land gerecht wird.

Gerechtigkeit, Freiheit und Sicherheit sind die Grundlage für den Zusammenhalt in einer Gesellschaft.

Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Rechtsstaat sowie starke Sicherheitsbehörden.

In Rheinland-Pfalz haben wir beides.

Wir stellen mit unseren Ansätzen im Doppelhaushalt 2017 / 2018 sicher, dass die Neueinstellungszahlen für Polizeianwärterinnen und -anwärter zusätzlich zu den angekündigten 500 Neueinstellungen pro Jahr um weitere 35 Stellen jährlich aufgestockt werden.

Die Zahl der Neueinstellungen wird 2018 auf einem Rekordwert sein.

Wir schaffen zusätzliche Stellen im Bereich der Abwehr von Computerkriminalität ebenso wie beim Verfassungsschutz.

Wir investieren jährlich rund 17 Millionen Euro in eine bessere polizeiliche Kommunikationsstruktur und tragen so dafür Sorge, dass unsere

Sicherheitskräfte auch künftigen Herausforderungen gewachsen sind.

Wir stärken daneben auch unsere Feuerwehren, auf die wir uns im Ernstfall immer verlassen können und die einen unschätzbaren Dienst für die gesamte Gesellschaft leisten.

Gerade die Freiwillige Feuerwehr ist weit mehr als eine Organisation, die hervorragende Arbeit und einen unschätzbaren Dienst im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes leistet.

Unsere Freiwilligen Feuerwehren stehen wie kaum eine andere Institution für gesellschaftliches Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt, gerade auch in den ländlichen Regionen.

Ohne die vielen Menschen, die sich bei den Freiwilligen Feuerwehren in unserem Land engagieren, wäre unser Land ein anderes, ein ärmeres, ein weniger solidarisches.

So ist es unser Ziel, den Dienst bei den Feuerwehren auch für jungen Menschen wieder attraktiv zu machen, denn die Nachwuchssorgen bei der Feuerwehr beschäftigen uns sehr.

Deshalb können junge Menschen künftig ein

Freiwilliges Soziales Jahr bei den Feuerwehren ableisten.

Um diesem Projekt die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen, haben wir im Haushalt Mittel veranschlagt, die für eine Öffentlichkeitskampagne innerhalb der Feuerwehren vorgesehen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Doppelhaushalt ist weit mehr als eine Ansammlung von Zahlen, er ist der Beleg für den Gestaltungsanspruch dieser Koalition.

Sozial gerecht, wirtschaftlich stark, ökologisch nachhaltig, das ist die Überschrift über dem Koalitionsvertrag und es ist die Handschrift mit der dieser Doppelhaushalt geschrieben wurde.

Morgen verabschieden wir also nicht nur einen Doppelhaushalt, sondern wir werden ebenfalls ein Zukunftskonzept für Rheinland-Pfalz auf den Weg bringen.

Rheinland-Pfalz ist ein attraktives Land.

Wir wollen und werden es noch besser machen, also, in diesem Sinne:

Schauen wir nach vorne!